

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Ulme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dahlebrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Pollwerk, Ullme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Ronsahl, Meinerzhagen, Ualbert, Mühlhufe, Kupferberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver in Westfalen.

Fernsprecher Nr. 42 in Halver, Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver;

N. 52

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich an Postfach Nr. 270, durch die Boten Mark 2.00, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mark 3.12.

Halver

Montag, den 3. März.

Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Hellamezeile 60 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Vertreibung der Gebühren.

1919

Die Insel der Seligen.

Es gibt noch eine Stadt im Deutschen Reich, da geht es ganz märchenhaft zu.

Die Soldaten grüßen ihre Vorgesetzten und ziehen in strammem Schritt mit Achingtara und Schnedderenglang geschlossen einher, ganz wie einst. Im Theaterfonor bekommt man, soviel man will, Butterfärrn mit Schinken, ohne daß es einer Brotfarte, Fettfarte, Fleischfarte bedarf; dazu nach Belieben Kaffee mit Milch und Zucker. Vor dem Theater stehen Schulsleute in olympischer Ruhe, die den Postzeileutnants gehorchen, nicht irgend welchen Soldatenräten. In stehlen und zu rauben magt daher niemand. Autos gibt es in Hülle und Fülle; darin sieht man viele Damen spazieren fahren, entweder die Gattinnen von Ministern und sonstigen Regierungsbeamten oder ihre Tippfräulein. Auf dem Bahnhof steht ein richtiger D-Bug mit unzerknüppelten Postkisten, mit Heizung und Speisewagen, und er fährt auf die Minute pünktlich ab. In den Läden gibt es in dieser Stadt alle Tage Ränderfische und frische Geflügel und feiste Spidaale in solcher Menge, daß die Schaufenster von Fett nur so triefen.

Diese Stadt ist Weimar, der Sitz der Regierung und des Parlaments. Die Parlamentarier bekommen 1000 Mark monatlich, die Minister 3000 Mark und mehr. Für sie ist die soziale Frage gelöst. Auf diese Insel der Seligen kann aber nicht jedermann gelangen. „Bisung fernhalten!“ heißt es auch hier; ohne besondere Genehmigung wird niemand eingelassen.

Anderswo klagten die Leute, daß Filbriefe in die nächste Stadt bis zu zwei Tagen gebrauchen. Von Weimar nach Berlin geht die Flugpost täglich zweimal in zwei Stunden, und um 9 Uhr früh treffen die Berliner Morgenblätter hier schon ein.

Es ist begreiflich, daß seltsame Geister von dem irdischen Ungeheim nach allzufrüh berührt werden, sondern statt dessen ihren Schärenmelodien nachgehen. Wir meinen natürlich nicht die Melodien in den für die Zeit, da Weimar die Zentrale Deutschlands darstellt, hier neu erstundenen Kabarets. Wir wollen auch nicht andeuten, daß keine Polizeistunde fündend in den „Betrieb“ eingreift, den in den Weinstuben Weimars die Beisewerter und die Abgeordneten und die Regierungsmänner veranstalten. Die ganz überirdische Schärenmusik, die wir meinen, ertönt in dem Verfassungsentwurf, der hier durchgearbeitet wird, während rundherum in Deutschland viel irdischere Nöte dem Volk auf den Nägeln brennen. Die Notverfassung, die der vorläufigen Regierung alle Vollmachten zum Regieren gegeben hat, ist längst da, es könnte also auf sie hin genügend regiert und Ordnung geschaffen werden. Aber man hat nun einmal den Ehrgeiz, dem neuen Staate gleich sein endgültiges Gewand zu geben.

So tagt man denn in idyllischem Glück. Was weit hinten in Deutschland passiert, sieht man in der Zeitung. Nur von fern hört man die Brandung an den Strand der seligen Insel donnern. Freilich, sie kriecht sich näher heran. Schon bei Weizenfeld, hieß es am vorigen Mittwoch, seien die Schienen aufgerissen.

Und während hier die „Unabhängigen“ das äußerste Eckchen ganz links einnehmen, als die Revolutionärinnen unter den Revolutionären gelten, sind in Düsseldorf nicht nur die Unabhängigen, sondern sogar die mit ihnen verbundenen Spartakisten von einer noch weiter links stehenden Gruppe abgelöst worden. Aber das ist schon sozusagen jenseits des Weltmeeres. Das berührt kaum mehr die Seligen auf unserer Insel, die an einer Verfassung für das Deutsche Reich harrnieren, während derweil Koburg sich von Gotha, Baymont sich von Waldeck losgelöst hat, Bayern die Verfassung, ganz gleich, wie sie wird, nicht anerkennt, Halle und Umgebung die Reichsregierung fürchten will und jedes Krähwinkel sich selbständig macht. Warg ringsherum alles bersten — in Weimar ist Ruhe und Glück. Da gibt es Exzellenzen ohne Zahl, deren jede in jedem Zoll ein Vaterlandsreiter ist, ein Staatsbaumeister, ein Schöpfergeist. Noch nie war soviel Genie auf einer einzigen Insel beisammen.

Leider geht es ihr nur wie Helgoland in der Zeit, als noch keine Schuttmann das wilde Meer abhielt: die Insel wird allmählich angegriffen. Zunächst noch nicht von außen, sondern von innen. Einzelne Abgeordnete werden trotz der glückseligen Zustände unruhig und drängen nach Hause. Sie sagen, sie wüßten ja nicht, ob dies drei Tage später noch möglich sein werde; und der Mann gehöre zu Haus und Herd.

Erlische sind schon auf und davongegangen. Im alten Reichstag gab es Anwesenheitsgelder, und wer fehlte, dem wurden täglich 20 Mark gestrichen. In der Nationalversammlung gibt es 1000 Mark monatlich auch für Abwesende. Wir sind großzügiger geworden, das ist es.

Der erste Entwurf der neuen Verfassung war auch ganz großzügig. Deutschland wurde mit der Schere zugeschnitten, die Feden von Preußen flogen nur so, dafür sollte aber wenigstens ein Einheitsstaat entstehen mit einer starken Zentralgewalt. Das pakte den Mittelstaaten nicht, die kein Reservatrecht aufgeben wollten. Der zweite Entwurf, der augenblicklich beraten wird, läßt also Preußens Schwächung — es wird von den anderen mit Zweidrittelmehrheit überstimmt, obwohl es vier Siebentel Deutschlands umfaßt — bestehen, aber auch die Schwächung des Reiches. Weder eine kraftvolle Bundesstaatlichkeit, noch eine kraftvolle Vereinheitlichung.

Daran arbeiten jetzt die Seligen. Draußen auf brandendem Meer aber treiben Trümmer. Und auf dem Trümmern ein schiffbrüchiges Volk ohne Proviant.

Nationalversammlung, 28. 2. 1919.

Germanicus.

Deutsche Nationalversammlung.

(18. Sitzung.)

OB. Weimar, 28. Februar.

Unter den Einläufen befindet sich eine Eingabe, welche gegen die vorgeschlagenen neuen Reichsfarben schwarz-rot-gold aus technischen Gründen und, weil diese Farben nicht gut erkennbar seien, vortellig wird. Eine weitere Eingabe macht auf die verzeifelte Lage der von aller Welt abgeschlossenen deutschen Truppen am Schwarzen Meere aufmerksam und bittet die Nationalversammlung, bei der Entente auf baldigen Abtransport hinzuwirken. Eine Reihe weiterer Zuschriften und Telegramme enthält Proteste gegen die seitens der Unabhängigen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier in den letzten Tagen begangenen schweren Ausschreitungen.

Ministerpräsident Scheidemann erklärt sich bereit, die Interpellation der Deutschnationalen wegen der Verletzung der festgesetzten Demarkationslinie durch die Polen und Vereinbarung mit dem Präsidium der Nationalversammlung in geschäftsordnungsmäßiger Frist zu beantworten. — Die dritte Lesung des Übergangsartefes wird auf morgen verschoben.

Weiterberatung der neuen Reichs-Verfassung.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der Seniorenfondent beschlossen hat, dem Hause zu empfehlen, daß von jeder Fraktion zwei Redner zum Worte gelangen, die Redezeit aber auf eine Stunde beschränkt wird. Das Haus ist damit einverstanden.

Abg. Fischer-Berlin (M.-Soz.): Ein neues Deutschland wollen wir uns aufbauen auf dem breiten Fundament der Freiheit, des Rechts und der Gerechtigkeit, ein neues Deutschland, das nichts gemein hat mit dem alten Deutschen Reich. Die Wahl des Wortes „Reich“ war kein guter Griff; wir werden daher beantragen, statt „Verfassung des Reiches“ zu sagen: „Verfassung der deutschen Republik“. Als Sozialdemokraten sind wir Anhänger des Einheitsstaates. Vieles von dem, was man berechtigter Eigentümlichkeiten der Volksstämme zu nennen pflegt, ist im Grunde genommen nichts weiter als ein Demantel für den verführerischen Sozialismus. Unsere endgültige Stellungnahme zum Reichsrat behalten wir uns vor, bis seine Befugnisse endgültig festgelegt sind. Auch bezüglich des Reichspräsidenten behalten wir uns unsere endgültige Stellungnahme vor. Es fehlt in der Verfassung auch eine Bestimmung, wie sie Frankreich hat, wonach die Mitglieder der Familien, die bisher regiert haben, für die Bräutlichkeit der Republik nicht wählbar sind. Redner geht ausführlich auf den Entwurf ein und verlangt bessere Festlegung der Sozialisierung, verstärkte Betonung sozialer Maßregeln, Übernahme des Schulwesens auf das Reich usw.

Abg. Dr. Spahn (Christl. Vp.): Der Krieg gebar die Revolution, der Kaisertriumph des deutschen Volkes war ausgeträumt. Unsere Feinde stehen auf beiden Seiten des Rheins, Macht und Größe sind dahin, waffenlos steht der Reichspräsident der äußeren und inneren Verführung gegenüber. Jede Waffenstillstandsverhandlung zeigt uns neue: „Versöhnen kann uns keine Neu.“ Soll nun das Reich ein Einheitsstaat oder ein Bundesstaat sein? Aus territorialen, ethnographischen und kulturellen Gründen wird das Reich auch als Republik ein Bundesstaat bleiben müssen. Deutsch-Ostreich gehört nach Geschichte und Nationalität zum Deutschen Reich. Der Redner kommt dann auf die Frage der Weiterexistenz des preussischen Staates.

Ein Nebeneinanderbestehen der unvollkommenen staatlichen Einteilung von vierzig Millionen mit einem eigenen Parlament und einem eigenen Staatspräsidenten neben der vollkommenen Reichseinteilung der vierzig Millionen mit einem Parlament und einem Präsidenten birgt Gefahren in sich. Preußen ist kein Staat mit einer Bevölkerung aus einem Stamm, das Staatsbewußtsein beruht nicht auf einem Ineinanderleben der Bevölkerung von Ost und West. Mit dem Wegfall des Reichspräsidenten hat das Interesse am Staate Preußen in weiten Kreisen weithin der Erde nachgelassen. Die Verlegung Preußens in zwei oder drei Teile muß in der Kommission geprüft werden. Es wäre ein tragisches Geschick, wenn an der Preußenfrage der Neuaufbau des Reiches scheitern sollte. Die Arbeitskraft ist unter den Schutz des Reiches gestellt; diesem neuen Grundrechte ist zuzustimmen, aber „Sozialisieren“ ist ein Schlagwort wie das „Teilen“ von 1848. Der berechtigte Kern ist in das Koalitionsprogramm aufgenommen, die monopolistischen Betriebe. Allgemein eignet sich unsere Industrie nicht zur Sozialisierung. Geschützt sind die Redefreiheit, die Presse, die Vereins- und Versammlungs-freiheit, das Petitionsrecht und die persönliche Freiheit. Die Religion als solche ist nicht geschützt.

Die konfessionellen Verhältnisse

In den Volksschulen, die Leitung des Religionsunterrichts durch die Religionsgesellschaften und das Verhältnis der Schule zur Kirche sind nicht gesichert. Von der ausschließlichen staatlichen Leitung der Schule bedroht die Kirche die Förderung der religiösen Gleichgültigkeit. Der Redner bringt in vieler Richtung verschiedene Forderungen vor, so die einer Vertretung des Reiches beim Papst, geht auf die zukünftige Steuer- und Wirtschaftspolitik ein und erhebt die Abstellung mancher Unzulänglichkeiten des Verfassungsentwurfs in der Kommission.

Abg. Dr. v. Delbrück (Deutschn. Vp.): Wir sind der Meinung, daß die demokratische Monarchie, wie sie im letzten Herbst bei uns entstanden war, völlig ausgereicht hätte, um auch die weitestgehenden Ziele der äußersten Linken zu verwirklichen. Das wäre ohne die Kosten von Blut, Bunt und Leben und ohne die Verluste an wirtschaftlichen Gütern möglich gewesen, die uns die Revolution gebracht hat. Auch die

Person des Kaisers

hätte dabei nicht im Wege gestanden. (Widerspruch links.) Niemand sah die Verhältnisse klarer als der Kaiser. (Auf links: Na, na!) Das muß ich doch wissen. (Sehr richtig rechts.) Der Kaiser sah die Verhältnisse klar, er war fest entschlossen, alle Folgerungen aus den Ereignissen zu ziehen. (Hört, hört! rechts.) Er war der Meinung, daß es seine Pflicht sei, dafür zu sorgen, daß dem deutschen Volke Enttäuschungen erspart würden, wie wir sie nach den Freiheitskriegen und nach 1848 erlebt hatten.

Redner hält den Entwurf der jetzigen Verfassung geeignet, bei Gelehrung allmählich das Deutsche Reich aufzulösen, kritisiert die verhängnisvolle Schwächung Preußens, obwohl auf der anderen Seite geradezu kleinliche Vorrechte an Bundesstaaten verliehen werden sollen, spricht sich für eine Erste Kammer, gegen die wohlfeile Vermehrung kleiner Freistaaten aus, will auch sichere Grundzüge zum Schutz von Kirche und Schule in die Verfassung bringen. Seine Partei

werde versuchen, in der Kommission ein brauchbares Instrument aus dem Entwurf zu machen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erhält dann das Wort der

Abg. Koch (Dem.), der insbesondere eintritt für mögliche Vereinheitlichung aller Staatseinrichtungen und weitestgehende Dezentralisation in der eigentlichen Verwaltung. Er hofft, daß die langen Jahre gemeinsamen Leides alle Deutschen einander näher bringen werde, als es in den früheren Jahren des Glücks der Fall gewesen sei, wo so vieles verärrmt wurde. Alle Abspaltungen und Lösungsversuche vom Deutschen Reich würden scheitern an dem geschlossenen Willen des deutschen Volkes.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Unterbindung des Grenzschmuggels mit Banknoten. Der Nationalversammlung ist nunmehr das in Aussicht gestellte Gesetz, das die Zahlung eines Aufgebotes beim Kauf oder Verkauf deutscher Banknoten unter strenge Strafe stellt, zugegangen. In der Begründung heißt es, daß die verschärfte Grenzsperr zur Bekämpfung des Geldschmuggels nicht mehr ausreicht. In Aussicht genommen ist, den Personen, die einen unlauteren Notenhandel aufdecken, im Verwaltungswege eine Belohnung zuzuwenden. Ein zweiter Gesetzesentwurf bestimmt, daß Schriften, Wertpapiere, Druckfaden und Zahlungsmittel bis auf weiteres nur dann über die Reichsgrenze mitgenommen werden dürfen, wenn sie vor dem Grenzübergang von ausländischer Stelle geprüft und eingeseigelt worden sind.

+ Ein Moratorium für die besetzten Gebiete. Ein der N. V. zugegangener Gesetzesentwurf sieht für die Personen, deren wirtschaftliche Lage infolge der derzeitigen Erschwerung des Verkehrs mit Teilen des Reichsgebietes wesentlich verschlechtert ist, eine Art Moratorium vor. Auf Antrag des Schuldners kann das Gericht ihm eine Zahlungsfrist bis zu sechs Monaten bewilligen, die mehrfach erfolgen kann und die auch zulässig sein soll, wenn eine Zahlungsfrist bereits bestimmt war.

+ Über die Räumung Mannheims durch die Franzosen erklärte General Nudant auf Anfragen in Evau, daß die Zurüdnahme der Truppen auf die in Mannheim ausgebrochenen Unruhen zurückzuführen seien. Als die zur Feststellung der Ordnung herbeigerufenen drei deutschen Bataillone eintrafen, erklärte Nudant weiter, seien die französischen Truppen zurückgenommen worden, um ihr Zusammentreffen mit den deutschen Truppen zu vermeiden. Sobald die Unruhen in Mannheim beigelegt seien und die deutschen Truppen nicht mehr benötigt werden, bedürfte es nur einer Benachrichtigung des französischen Abteilungs-kommandeurs, um den Verkehr in dem Umfange wie zuvor wieder herzustellen.

+ Die Kosten der Revolution in Braunschweig. Im braunschweigischen Landtage machte der Volkskommissar Dertter nähere Angaben über die staatlichen Ausgaben, die durch die Revolution bisher entstanden sind. Diese betragen insgesamt über 4½ Millionen Mark. Davon entfallen auf die revolutionäre Verteidigung 2 800 000 Mark, die, wie Dertter glaubt, vom Reich übernommen werden. Ferner wählte die Landesversammlung als nunmehr zugelassenen braunschweigischen Vertreter im deutschen Staatenhaufe an Stelle des von der Reichsregierung abgelehnten Arbeiterrats Junke den Wirklichen Geh. Rat Boden, der früher Braunschweig beim Bundesrat vertreten hat.

+ Unsere Soldaten in der Türkei. Zurzeit besteht keine Möglichkeit, mit den deutschen Truppen in der Türkei in Verbindung zu treten. Die Waffenstillstands-kommission hat bei der Entente Schritte getan, um die Verbindung herstellen zu können. Die Genehmigung dazu ist baldigst zu erwarten.

+ Zwangs-Pensionierung von Beamten. Die preussische Regierung hat eine Verordnung erlassen, wonach überflüssige Staatsbeamte einstweilen unter Bewilligung des gesetzlichen Wartegeldes in den Ruhestand versetzt werden können. Sie erhalten als Wartegeld während eines Zeitraumes von fünf Jahren den vollen Betrag, nach Ablauf des fünfjährigen Zeitraumes aber drei Viertel ihres Ruhegehaltsfähigen Dienstfeinkommens. Jederzeit in den Ruhestand können versetzt werden: Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Beamte der Staatsanwaltschaft, Vorsteher staatlicher Polizeibehörden, Landräte, Gesandte und andere diplomatische Agenten. Staatsbeamte, die bis zum 31. Dezember 1920 nach zehnjähriger Dienstzeit infolge Umgestaltung des Staatswesens um Versetzung in den Ruhestand nachsuchen, haben auch ohne eingetretene Dienstunfähigkeit oder Vollendung des 65. Lebensjahres Anspruch auf Ruhegehalt.

+ Die Verluste der sächsischen Armee im Kriege bis zum 17. Februar dieses Jahres betragen 110 019 Tote, darunter 7220 Offiziere, 295 978 Verwundete, darunter 6871 Offiziere und 64 410 Vermittelte, darunter 1020 Offiziere. Unter den Vermittelten befinden sich rund 50 000 in Gefangenschaft.

+ Ungetreue NSMäte. Der Vollzugsrat sowie der NSRat von Zeithain in Sachsen ist seines Amtes entsetzt und vor das Militärgericht gestellt worden, weil er sich nach den militärischen Bestimmungen Bereicherung durch staatliche Gelder und Volkseigentum, ferner mangelhafte Geschäftsführung und Überschreitung seiner Befugnisse hat zuschulden kommen lassen.

+ Bei den Wahlen in Gotha zur horigen Landesversammlung erhielten die Unabhängigen 42 195, die Demokraten 17 926, die Deutschnationalen 12 523, die mit den Deutschnationalen verbundene Liste Gröbel (Rechtswirtschaftler) 3264 und die Mehrheitssozialisten 7530

Deutschland und zur Errichtung des kommunistischen Staates. Ferner wird verlangt, die Kirchen für Versammlungszwecke freizugeben und die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte aufzurichten. Der Streik soll für ganz Spandau erklärt werden, gegebenenfalls sollen die Betriebe mit Gewalt stillgelegt werden.

Auch in Berliner Fabrikbetrieben wird eifrig zum Generalstreik aufgepuscht, doch ist man sich über den Zeitpunkt nicht einig.

General Maerker kürzlich eingetroffen.

Als General Maerker auf der Durchreise von Gotha nach Weimar vor dem Garnisonkommando in Erfurt hielt, um mit den militärischen Stellen sich zu besprechen, sammelte sich eine erregte Menschenmenge um seinen Kraftwagen, die in dem Fahrzeug befindlichen Offiziere mitleidig und tätlich beleidigte. Als General Maerker das Gebäude verließ, wurde er umringt, geschlagen und durch einen Stein am Kopf verletzt, so daß er erst nach längerer Zeit in Begleitung von Mitgliedern des US-Rates, die die Menge beruhigten, die Reise nach Weimar fortsetzen konnten.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 3. März.

2. März. 1861 Strafrechtslehrer Franz v. Bitt. geb. — 1916 Königin Elisabeth von Rumänien (Carmen Sinda) gest. — 1917 Rücktritt des österreichischen Generalfeldmarschalls Conrad v. Hörsing.

3. März. 1861 Alexander II. von Rußland hebt die Leibeigenschaft auf. — 1871 Paris wird von den Deutschen geräumt. — 1873 Der Vorfriede zu Santo Stefano beendet den russisch-türkischen Krieg.

□ Förderung der Geflügelzucht. Wie alle Gebiete der Landwirtschaft, so hat auch die Geflügelhaltung durch die Einwirkung des Krieges in erheblichem Maße gelitten. Die im Interesse der Besserung der Volksernährung besonders für die Eierzeugung gebotene möglichst beschleunigte Wiederaufrichtung der Geflügelhaltung hat das preussische Landwirtschaftsministerium veranlaßt, vor allen Dingen die Kurse für Landlehrer zur Unterweisung in der Geflügelzucht und -haltung, welche während des Krieges vielfach nicht oder nur in sehr beschränktem Maße abgehalten werden konnten, von neuem in möglichst großzügiger Weise in die Wege zu leiten. Das Landwirtschaftsministerium hat daher die Landwirtschaftskammern ersucht, die für diese Zwecke bestehenden Lehranstalten so zeitig wieder instand zu setzen, daß schon die Zeit der Osterferien für die Abhaltung eines Lehrganges ausgenutzt werden kann. Darüber hinaus sollen Vorlesungen getroffen werden, um auch für Töchter bäuerlicher Wirte und Frauen vom Lande Lehrgänge über Geflügelzucht abhalten zu können, die dann ihrerseits durch ihre Tätigkeit in den Hausfrauenvereinen fördernd auf die Geflügelhaltung einwirken können. Besondere Aufmerksamkeit soll hierbei der künstlichen Brut und Auszucht gewidmet werden. Zur Ausgestaltung der Lehranstalten und Gewährung von Beihilfen für die Kursusteilnehmer sind — wenn auch beschränkte — Mittel bereitgestellt worden.

— Was kostet heute ein Hausbau? Auf dem Verbandstage der Süddeutschen und Hessen-Nassauischen Baugewerkschaften wurde die Frage, was heute der Bau eines Hauses kostet, folgendermaßen beantwortet: Das Kubikmeter unbebauten Raums kostet künftig 35, statt 16 Mk. im Festen; das Kubikmeter Mauerwerk, das früher 22—24 Mk. kostete, erfordert jetzt 66 Mk. Der Preis für Zimmerarbeiten, für die man im Festen 54 Mk. das Kubikmeter zahlte, ist jetzt auf 165—170 Mk. gestiegen. Bei den Verbandschätzern für Facharbeiten betrug der Preis früher 50 Mk. jetzt 145 Mk. Das sind Preise die festliegen. Bei dem Mangel an Rohstoffen, den schwierigen Transportverhältnissen und den steigenden Löhnen wird daher das Bauen von Häusern nach dem Kriege recht langsam vor sich gehen. Ein Haus von früher 40 000 Mk. wird künftig rund 100 000 Mk. betragen.

— Die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen werden gebeten, die genauen Adressen baldigst der hiesigen Ortsgruppe mitzuteilen. Annahme: Lehrer Steinmetz, Bergfeld.

+ Halver, 3. März. Es ist uns leider nicht möglich, schon heute einen ausführlichen Bericht über die letzte Sitzung der bisherigen Gemeinde-Vertretung zu bringen. Der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung war aber zweifellos die Beratung des nächstjährigen Haushaltsplanes. Es ist uns nun eine besondere Freude zu erfahren, daß es auf Grund eingehender Erwägungen möglich gewesen ist, den Steuerprozentsatz von 300% auf 250% herabzusetzen. Wir dürfen darnach der Hoffnung leben, daß unser Gemeindefinanzwesen nach dem Kriege auf gesunder Grundlage basiert und sich so weiter entwickeln wird.

□ Halver, 2. März. Vorgestern nachmittag erhielt die Familie Wilh. Schumacher zu Vesperhof von ihrem Sohn Paul, welcher bei Ausbruch des Krieges bei der Marine stand und seit drei Jahren vermißt war, ein Telegramm aus Rotterdam, daß er dort glücklich eingetroffen sei. — Ein zweiter Fall wo die Angehörigen ebenfalls längere Zeit von ihrem in Gefangenschaft befindlichen Söhnen nichts gehört hatten ist gleichfalls zu berichten. Der Sohn Hermann des Landwirts Carl Wiebel ist gefallen, zwei weitere Söhne Adolf und Carl gerieten in Gefangenschaft, da nun von letzteren beiden die schwergeprüften Eltern längere Zeit nichts gehört hatten, gerieten sie in große Sorge. Nun traf vor einigen Tagen die Nachricht bei den Eltern ein, daß sich die beiden Brüder unverhofft in feindlicher Gefangenschaft getroffen hätten. Es war für beide Teile gewisse Beruhigung.

Wahlergebnis der Gemeinderatswahl in Halver.

Wahllokal	Stimmen	Stimmen
Halver-West	294	328
Halver-Ost	320	408
Wilhelmsberg	116	46
Kühschlag	165	70
Schwenke	160	37
Buchhausen	100	46
Grünenbaum	76	51
Chringhausen	122	250
Chringhausen	148	295
Zusammen:	1500	1531

Bei der letzten Landeswahl wurden im ganzen 3254 Stimmen abgegeben, mithin haben bei der Gemeinderatswahl 223 Wahlberechtigte weniger gewählt. Es sind

gewählt: Liste Enneper 7 und Liste Rittinghaus 8 Vertreter. Die Namen lassen wir hier folgen:

Gustav Adolf Enneper, Engstfeld
Wilhelm Schulte, Halver
Heinrich Wierstapfer jr., Chringhausen
Adolf Belter, Halver
Wilhelm Bausberg, Ober-Bahlsfeld
Paul Mühlen, Halver
Otto Paulmann, Wiesenhof
Karl Heinrich Rittinghaus, Halver
Gustav Karl Emmert, Halver
Frau Robert Bergmann, Halver
Rudolf Marx, Dedinghausen
Gust Rappes, Doringbrügge
Adolf Bremder, Halver
Ernst Köhler, Boume-Chringhausen
Otto Reil, Vormbaum.

+ Schalksmühle, 3. März. Das Resultat der gestrigen Gemeinderatswahl ist folgendes: Liste August Schulz 317, Carl Stun 309, Ewald Kaiser 254 Stimmen, 450 Wahlberechtigte haben von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. Demnach sind gewählt: August Schulz, Schalksmühle, Carl Jäger, Schalksmühle, Rich. Camer, Reeswinkel, Carl Stun, Schalksmühle, Karl Rüd. Haus, Doringbrügge, Otto Vormbaum, Schalksmühle, Ewald Kaiser, Schalksmühle, Hermann Diergarten, Schalksmühle.

— Rierspe, 3. März. Bei der gestrigen gestrigen Gemeinderatswahl wurden 1987 Stimmen abgegeben, davon erhielt die Liste Karl Riene 840 und die Liste Karl Schalksmühle 1147 Stimmen. Folgend sind gewählt: R. Schalksmühle, Rierspe-Bgl., H. im, Bauloh, W. Schalksmühle, Riene, Engstfeld in Bauloh, Karl Riene in Rierspe, Karl Schalksmühle in Rierspe, Ernst Boches in Rierspe, Karl Doffeler in Rierspe-Bgl., Karl B. in Doringhausen, Wilg. Schreier in Rierspe, Karl Riene in Rierspe-Bgl., Wilg. Biehl in Doringhausen, Arthur Pfeiffer in Rierspe, Gustav Rapp in Bauloh, Otto Sondermann in Doringhausen, W. Reumann in Rierspe-Bgl.

× Rönshagen, 3. März. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl wurden 315 Stimmen abgegeben, davon erhielt Liste Benninghaus 152 und Liste Dörjahn 163 Stimmen. Gewählt sind August Benninghaus, Rönshagen, Friedrich Wilhelm Gane, Dörjahn, Adolf Jäger, Rönshagen, Karl Dörjahn, Wöste, August Bostwiel, Rönshagen, Friedrich Freilich, Rönshagen.

Beschwerden über unpünktliche Zustellung unserer Zeitung wolle man direkt bei der Geschäftsstelle vordringen, da nur dann sofort Abhilfe geschaffen werden kann.

Grevelsberg, 1. März. Ein großer Einbruch Diebstahl wurde in der vergangenen Nacht in einem Kaufhaus in Grevelsberg ausgeführt. Die Diebe erbeuteten eine Menge Augur, Sose und sonstige Dinge, die sie auf einer Karte beschreiben. Die Polizei ist ihnen auf der Spur.

Hattungen, 1. März. Auflösung des USR. In einer plangemeinlichen Sitzung hat der USR, beschloffen, sich am heutigen Tage aufzulösen. In einer öffentlichen Versammlung wird nachher Bericht über seine Tätigkeit erstattet werden.

Dortmund, 27. Febr. Ein Beweis der schwierigen Lage der Industrie ist der Abbruch des Stahlwerks Pösch in Dortmund, der in den Monaten November und Dezember v. J. einen Betriebsverlust von zusammen fünf Millionen Mark ergab.

Dortmund, 1. März. Als ein junger Mann den Keller seiner elterlichen Wohnung betrat, folgten ihm drei Männer, schlossen den Keller von innen ab und knieten den jungen Mann, indem sie ihm einen Strohwisch in den Mund steckten. Alsdann legten sie ihn in eine Kiste, die sie zugeglichen. Der Vater fand seinen Sohn später darauf einträufelnd vor, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Tat ist wahrscheinlich von Einbrechern begangen worden.

Ramsbeck (Sauerland), 1. März. Drei Bergleute verunglückten. Auf der Grube Aurora hier selbst kamen drei Bergleute unter niederbrechendes Gestein. Einer war sofort tot, ein anderer ist lebensgefährlich, der dritte ist weniger schwer verletzt.

WLB Köln, 1. März. In Westhofen bei Köln stürzte durch eine Explosion der Cailaderaum des dortigen Munitionsdepots, in dem 42 cm-Granaten lagen, zusammen. Bisher wurden durch die Feuerwehr 13 Tote und 12 teils schwer teils leicht Verletzte geborgen.

Wie Regierungen in Asien wechseln.

Neue Präsidenten.

Der Zufall bringt es mit sich, daß vor kurzem auch im fernen Osten, in China, neue Männer an die Regierung kommen. Ein neuer Präsident, neue Minister — und Zwistigkeiten im Lande. Vieles wie bei uns, nur daß dort die inneren Wirren überwiegen, während die Beziehungen zum Ausland nicht ganz soviel Sorgen machen. Es ist nicht uninteressant zu sehen, wie die chinesischen Nachbarn sich in ihr Amt einführen.

Der neue Präsident der Republik, Hsu Shi-hang, hat zunächst einen mächtigen Ordensregen über das Land ausgeschüttet, dazu kommt eine Fülle von Gnadenlassenen. Unter den Begünstigten ist ein gewisser Chang-Hsun, Führer eines Aufstandes, der bezweckte, die Republik wieder abzuschaffen und die entthronte Kaiserfamilie wieder zur Regierung zu bringen. Präsident Hsu dekretiert: Tiao-kun (wohl der Justizminister) hat ein Gesetz eingereicht, in dem es heißt, daß Chang-Hsun sich durch ein gewisses Vergehen vor die Schranken des Gerichtes brachte. Tiao-kun meint, daß Chang-Hsun's frühere Verdienste um die Republik sein Vergehen aufwiegen. Da nun Chang-Hsun Anhänger bereits begnadigt sind, warum soll man nicht Chang-Hsun selbst auch begnadigen. Wir begnadigen hiermit Chang-Hsun!

Der neue Ministerpräsident heißt Chien Nan-hsun. Er hat schon zwei Monate provisorisch amtiert und richtet jetzt an die Zivil- und Militärgouverneure der 17 Provinzen folgendes Telegramm: Ich bin zwei Monate

vertreten der Premierminister gewesen, und während dieser Zeit habe ich gezeigt, daß ich für einen so schweren Posten völlig ungeeignet bin. Jetzt bin ich endgültig zum Premierminister ernannt worden, und ich finde, daß meine Verantwortung gewachsen ist. Ich bin nun gezwungen, das Amt anzunehmen, bis ein fähigerer Nachfolger gefunden ist. Deshalb ist es dringend nötig, daß Ihr Herren mir bei der Leitung des Staates alle Unterstützung zuwendet. Da Ihr meine Freunde seid, zweifle ich nicht, daß Ihr mir von Zeit zu Zeit Ratsschläge schicken werdet.

Nach origineller ist, daß der neue leitende Staatsmann sich mit einem ähnlichen Erlaß an die sieben Direktoren und die verschiedenen südlichen Anführer wendet, d. h. an die Häupter der Rebellen. Dieses Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Seute bin ich zum Premierminister ernannt worden, und ich ergreife die Gelegenheit, um meinen Dank auszusprechen für die Unterstützung, die ich während der Zeit meiner provisorischen Amtsführung gefunden habe. Ich fühle, daß meine Verantwortung jetzt noch größer sein wird, aber ich habe mir vorgenommen, die Wünsche des Präsidenten auf eine gütliche Beilegung der Zwistigkeiten auszuführen. Wir müssen beiderseits ernstlich an der Herbeiführung des Friedens arbeiten. Es wird gehofft, daß Ihr Herren Euer Bestes tut, dem Volke Frieden und Wohlfahrt zu geben. Für das Volk wird es ein großer Segen sein, durch einen schnellen Frieden zu seinem normalen Zustande zurückzuführen.“

Kurz und verbindlich, mit bescheidenem Stolz.

K. M.

Telegramme und Dringlichkeiten.

Truppenführung in Düsseldorf von Foch genehmigt. Düsseldorf, 1. März. Der Waffenstillstandsvertrag ist im Einverständnis mit Marshall Foch dahin geändert worden, daß nach Düsseldorf Militär verlegt werden darf unter der Bedingung, daß ein Streifen von 200 Metern auf dem Ostufer des Rheins von den Soldaten nicht betreten wird.

Verhandlungen in der Vollenfrage.

Berlin. Die Verhandlungen der internationalen Kommission zur Beratung der Vollenfrage unter dem Vorsitz des früheren Gouverneurs Freiherrn v. Rechenberg, an welcher u. a. General Dupont, der frühere Botschafter Moulens und andere teilnehmen, haben das Ergebnis gehabt, daß der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Bentschen—Birbaum und der Schiffsverkehr auf der Nebe freigegeben worden ist.

Die Berliner wollen eine Räterepublik.

Berlin. Im Rätekongreß erschien eine Abordnung der 7000 Arbeiter der A. E. G. und forderte den Generalstreik sowie die Ausrufung der Räterepublik Deutschland. Die Abordnung wurde mit Beifall begrüßt. Über den Antrag soll in den nächsten Tagen abgestimmt werden.

Sparks in Württemberg.

Stuttgart. Alle bisherigen Pläne und Putschversuche der Spartakisten und Unabhängigen in Württemberg sind gescheitert. Die Regierung hat zudem für die Zukunft umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Ausdehnung des Streiks in Sachsen.

Dresden. Auch hier beabsichtigt die Arbeiterchaft in den Generalstreik zu treten. Das Elektrizitätswerk streikt bereits.

Die Gefahr in München.

München. Der Gefährpunkt ist noch lange nicht überwunden, man befürchtet weitere blutige Auseinandersetzungen.

Neuer Warenhausstreik in Berlin.

Berlin. Der Warenhausstreik wird möglicherweise erneut ausbrechen, da Differenzen über die Auszahlung der bemittelten Zulagen ausgebrochen sind. Die Arbeitgeber erklären, daß sie darauf mit der Aussperrung antworten werden.

Wölferbund oder Chaos.

Washington. Wilson sprach im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten vom Nachmittag bis nach Mitternacht über die Notwendigkeit des Wölferbundes. Wenn die Vereinigten Staaten dem Wölferbunde nicht beitreten würden, sei ein unbeschreibliches Chaos in ganz Europa die Folge.

Deutschenverfolgung in Prag.

Wien. Wie aus Prag gemeldet wird, wurden wiederholt deutschsprechende Passanten auf der Straße von Legionären angehalten und beleidigt. Ferner verlangte eine Menge unter Führung russischer Legionäre, daß die Kaufleute mit deutschen Namen ihre Firmenschilder entfernen sollen. Viele deutsche Aufschriften wurden von der Menge heruntergerissen, und viele deutschsprechende Personen in die Kasernen geschleppt und dort mißhandelt.

Balfour über die Lage in Deutschland.

London. Balfour erklärte im Unterhause, die Lage in Deutschland sei so kritisch, daß man zu einem baldigen Friedensschluß kommen müsse. Die Verbündeten seien bereit, einen Teil ihrer Forderungen zurückzugeben.

Attentat auf den König von Italien.

Mailand. Mithin wird bestätigt, daß auf den König von Italien ein Attentat verübt worden sei, hinzugefügt wird, daß der König nicht tot sei. Das gibt der Vermutung Raum, daß er verwundet worden ist.

Verhaftung ungarischer Minister.

Budapest. Eine Anzahl früherer Minister, darunter auch der ehemalige Ministerpräsident Wekerle, sind verhaftet worden, da man ihnen die Schuld am Ausbruch des Krieges zuschreibt.

Eine geflüchtete Sowjetregierung.

Stanislaw. Die von Rakowski geführte Sowjetregierung in Kiew verkündete die Föderation der Ukraine mit Rußland. Die ukrainischen Bolschewiken und die Vertreter der jüdischen Arbeiterverbände sind daraufhin aus der Sowjetregierung ausgeschieden. Es verbleiben in ihr nur noch die großrussischen Bolschewiken und der linke Flügel der ukrainischen Sozialrevolutionäre.

Berlin. Wie amtlich bekanntgegeben wird, wird in Preußen ein Ministerium für Volksgesundheit errichtet werden.

Berlin. Die Regierung hat eine Verringerung der republikanischen Soldatenwehr um 6000 auf 10 000 Mann verfügt.

Berlin. Die Verhandlungen wegen Ausbesserung der Feuerungsanlagen für Beamte und Lohnangestellte sind soweit fortgeschritten, daß die Durchführung der Maßnahme in einigen Tagen erfolgen wird.

Berlin. In der heutigen Vollversammlung der Arbeiterräte von Groß-Berlin brachten die Redner einstimmig zum Ausdruck, daß eine Reichs-Rätekonferenz unerlässlich sei, um zu der herrschenden Anarchie Stellung zu nehmen.

Emden. Hier sind Abteilungen des Freiwilligen-Korps Widders eingerückt; außerdem machten drei Torpedoboote im Binnenhafen fest. In der Stadt herrscht Ruhe und Ordnung. Der USRat ist aufgelöst.

Rotterdam. Nach einer Reutersmeldung aus Paris hat Italien Wilsons Vermittlung zwischen den Italienern und Südländern endgültig abgelehnt.

London. Lord George hofft, daß der Bräutigam Frieden in wenigen Wochen unterzeichnet werden könne.

Paris. „L'Express“ meldet aus Kiew, daß die Bolschewiki-Truppen Siemka, Michailowka, Gatsch und Shuland besetzt haben und sich Kiew immer mehr nähern.

Gewinnbeteiligung der Landarbeiter.

Von einem praktischen Volkswirt.

Die neuerdings so lebhaft besprochene Frage der Gewinnbeteiligung landwirtschaftlicher Arbeiter kann in ihren Auswirkungen solchen Einfluß auf unsere allgemeine wirtschaftliche Lage gewinnen, daß die nachstehenden Betrachtungen sicherlich für jeden Leser von Interesse sind.

Eine Forderung der Arbeiter ist die Gewinnbeteiligung. Neben dem festen Lohn wollen sie von dem Unternehmergewinn einen Teil abhaben, weil dieser aus dem Mehrgewinn des Kapitals entstanden ist und man nicht mehr geneigt ist, dem Unternehmer eine ungemessene Profitrate zu lassen. Vor allem will man dadurch den Arbeiter an den Vorteilen einer guten Konjunktur teilhaben lassen, weil bei schlechter Konjunktur er ja doch durch Verkürzung der Arbeitszeit oder gar Arbeitslosigkeit deren Nachteile tragen muß. Nachdem diese Forderung nun einmal gestellt ist, wird es notwendig, sie auf ihre praktische Durchführung zu prüfen.

Es gibt im wesentlichen zwei Formen, deren eine man Gewinnbeteiligung und deren andere man Ertragsbeteiligung nennen kann. Wenn in einem Betriebe ein Angestellter von einem bestimmten Teil des Unternehmens, der infolge seiner Umsicht sich besonders entwickelt, einen Anteil von den Mehreinnahmen erhält, so ist das eine Tantieme vom Brutto- (Roh-) Gewinn oder Ertragsbeteiligung. Eine Tantieme vom gesamten Gewinn nach Abzug aller Unkosten, also vom Reingewinn dagegen, kann als die eigentliche Gewinnbeteiligung bezeichnet werden. Welche von beiden Formen die zweckmäßigere ist, wird in industriellen und Handelsbetrieben von der Stellung abhängen, in welcher der Angestellte oder Arbeiter tätig ist.

In der Landwirtschaft hat man die Wichtigkeit der Ertragsbeteiligung bereits zu einer Zeit erkannt, als von der modernen Industrieentwicklung noch keine Spur vorhanden war. Zwar war es eine Ertragsbeteiligung in ziemlich roher Form, aber jedenfalls war sie vorhanden. Sie bestand im Dreierlohn in der Art, daß von dem ausgedehnten Getreide ein bestimmter Teil, der 11., 13. oder ein anderer Schöffel den Dreierern zuziel. Je reicher die Ernte, je größer also der Anteil. Auch sonst sind in der Landwirtschaft Prämien üblich, die mit dem Ertrage zusammenhängen. Mit der Änderung in den Betriebs- und Arbeitsverhältnissen ist dieser Dreierlohn nun vielfach verschwunden, die Ertragsbeteiligung wird aber wohl wiederkehren, denn diese Frage der Gewinnbeteiligung beschäftigt die Landwirte gegenwärtig in hohem Maße.

Zunächst allerdings wird man sich im einzelnen darüber klar werden müssen, ob die Ertragsbeteiligung wie in früheren Zeiten in natura oder in bar zu gewähren ist. Einer Beteiligung am Reingewinn wird die Beteiligung am Ertrage wohl auch von den Arbeitern vorgezogen werden, weil sie hierbei eine bessere Kontrolle haben. Der Landwirt kann bei seiner oft recht primitiven Buchführung den Reingewinn aus seiner Wirtschaft nur schlecht errechnen. Außerdem würde er damit Einblick in seine wirtschaftlichen Maßnahmen gewähren müssen, die er als Schnüffler ansehen würde und die gleichzeitig den Anlaß zu den schlimmsten Streitigkeiten zwischen ihm und den Arbeitern geben müßten. Eine für beide Teile wenig angenehme Aussicht, zumal in mittleren Betrieben, den Bauernwirtschaften. Im Großgrundbesitz mit seinen Spezialitäten: Brennerei, Viehzucht, Färberei u. v. w. wäre die Gewinnbeteiligung vom Reingewinn noch schwieriger. Aus rein praktischen Erwägungen, zumal wegen der vereinfachten Berechnung des Anteils am Ertrage, wird man daher der Ertragsbeteiligung das Wort reden können. Diese Ertragsbeteiligung hat für den größeren Besitzer, der mit Beamten zu arbeiten hat, auch den Vorteil, daß gleichzeitig die Buchführung der Beamten von den Arbeitern kontrolliert wird.

Mehr aber noch als diese Kontrolle bedeutet für ihn das größere Interesse, das die Arbeiter an dem Ertrage nehmen. Es würde den größten Anreiz für die Arbeiter bilden, z. B. die gefährdete Getreide-, Kartoffel- oder Rübenenernte rechtzeitig und in bestem Zustande hereinzubringen, wenn sie von dem über eine bestimmte Normal-ernte hinausgehenden Ertrage eine steigende Tantieme erhielten. So gewährt Dr. Angstin auf seinem Gute und den ihm zur Verwaltung anvertrauten Gütern, wie er in einem Vortrage im Klub der Landwirte in Berlin ausführte, seinen Arbeitern bei Getreide über die Normal-ernte von 6 Sackern vom Morgen hinaus eine Tantieme von 1 Pfennig bei 6 bis 7 Sackern, von 2 Pfennig bei 7 bis 8 Sackern und von 3 Pfennig bei mehr als acht Sackern, wobei nur jeder Haushaltsvorstand diese Tantieme erhält, die mitarbeitenden Familienangehörigen dagegen nicht. Die Sätze gelten für die jetzigen Schätzpreise, sie steigen und fallen mit deren Erhöhung oder Ermäßigung prozentual.

Welches das beste System für die Ertragsbeteiligung ist, wird ja allmählich ausprobiert werden. Es wird sich dabei eine Mindesttantieme empfehlen, wie sie Dr. Angstin auch mit 100 Mark eingeführt hat, für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Arbeiters, also vor beendeter Ernte. Dadurch werden alle Ansprüche auf die zu er rechnende Tantieme abgesondert. Nur wird die Frage, ob die Barzahlung der Naturaltantieme vorzuziehen ist, im Anbetracht der fortgesetzt sich ändernden Getreidepreise und namentlich für die Zeit, wo keine amtlichen Schätzpreise mehr festgestellt werden, erst später eine Klärung finden können. Mit der Verschiedenheit der erzielten Preise wird die Schwierigkeit wachsen, einen beide Teile zufriedenstellenden Preis ausfindig zu machen, nach dem die bare Tantieme errechnet werden kann. Es kann daher zweckmäßiger erscheinen, den Arbeitern den Getreide- oder Kartoffelanteil zur eigenen Verwertung zu überlassen.

Durch die Ertragsbeteiligung wird der Landarbeiter mit den Interessen des Besitzers zweifellos viel enger verknüpft. Er wird sich daher auch viel lebhafter um das gute Gedeihen, zweckmäßige Ausnutzung der Zeit usw. kümmern und sich gegen die schlechten Arbeiter wehren. Vor allem aber wird er den Gedanken einer Arbeitsniederlegung in der wichtigsten Zeit des Jahres, der Ernte, unbedingt abweisen, weil ihm dann der Erfolg seiner Tätigkeit zu einem vielleicht erheblichen Teil verloren geht. Sicher wird er auch dafür sorgen, daß sonst nichts von der Ernte verloren geht, weil gerade von der Größe des Ertrages die stärkste Steigerung seiner Tantieme abhängt.

Welt- und Volkswirtschaft.

* Über die Gemüseversorgung 1919 erklärt die zuständige Reichsstelle, die von den Kommunalverbänden und Großverbrauher mit den Gemüseerzeugern geschlossenen Lieferungsverträge sollen auch in diesem Jahre das Rückgrat der Gemüseversorgung bilden. Das System der Lieferungsverträge hat eine gewaltige Produktionssteigerung in den Jahren 1917 und 1918 herbeigeführt. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst legt deshalb den Kommunalverbänden und Großverbrauher den Abschluß von Lieferungsverträgen erneut ans Herz. Sie weist darauf hin, daß der Reichsstelle die Befugnis zusteht, in Verdrängung der erhöhten Angebotspreise Preisoberbündungen bis zu 50 % vorzunehmen, so daß die Erzeuger wie früher so auch für die bevorstehende Wirtschaftsperiode mit unbedingter Gewissheit auf angemessene Preise für die Ware rechnen können.

* Erhöhung der Fischpreise. Aus Kiel wird berichtet: Mit Rücksicht auf die erfolgten Lohnerhöhungen wie auch der Erhöhungen der Preise für Rohle und andere Rohstoffe wurden die Fischpreise um etwa 25 % erhöht.

* Mangelhafte Ernährung der Bergarbeiter. Die Deutsche Volkspartei hat eine Anfrage in der Nationalversammlung eingebracht, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Bergarbeiterschaft im Ruhrrevier einer sehr schlechten Ernährung ausgesetzt sei, wodurch die Kohlenförderung sowie die Gesundheit des einzelnen Mannes aufs schwerste geschädigt wird. Es wird die Frage aufgeworfen, ob besondere Lebensmittelausschüsse erfolgen können.

* Dresdner Wohnungsfürsorge. Die Stadt Dresden befolgt eine weitläufige Wohnungsfürsorge. Sie hat jetzt zu ihrem schon vorhandenen großen Grundbesitz abermals 193 000 Quadratmeter Bauland erworben, das gleichfalls den gemeinnützigen Baugesellschaften im Erbbaurecht überlassen werden soll. Weiter bewilligte die Stadt zehn Millionen für zweite Hypotheken auf Kleinwohnungs-häuser und sieben Millionen für den sogenannten ver-lorbenen Bauaufwand.

* Erohender Streik sächsischer Landwirte. In Sachsen machen sich nicht nur in der Lausitz, sondern auch im Grimma-Gebiet Streikdrohungen der organisierten Landwirte bemerkbar. Sie wollen vom Milchlieferungs-zwang befreit sein und drohen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, sofort die Lebensmittellieferung ein-stellen.

* Hamburg vor dem Staatsbankrott. Nach vor-läufiger Schätzung der Ein- und Ausgaben des Hamburger Staatshaushaltes für 1913 bietet er ein trübes Bild. Die Einnahmen belaufen sich auf 249,63 Millionen Mark, die Ausgaben, einschließlich der außerordentlichen Kriegs-ausgaben, auf 498,41 Millionen Mark, so daß ein Fehl-betrag entsteht von 248,77 Millionen Mark. Dieser Fehl-betrag ist fast ebenso groß wie die Gesamteinnahmen des Jahres.

Ausfunkei.

Demagoge, aus dem Griechischen, bedeutet sowohl Volks-führer wie auch Volksverführer. In dem alten griechischen demokratischen Staatswesen wurde mit Demagog ein Mann bezeichnet, der die Bewußtsein der Volksversammlungen in nach-sicht der Gegner schädlichen Sinne zu beeinflussen suchte. Nach 1815 wurden in Deutschland die für freiere Staats-gestaltung arbeitenden Männer vorzugsweise Demagogen genannt.

Intervention, dazwischentreten, vermitteln. Im Völker-leben das Eingreifen eines Staates in die Angelegenheiten eines anderen durch Vorstellungen, Drohungen, Waffen-gewalt.

Prätorianer. Leibwache der römischen Kaiser seit Augustus, etwa 10 000 Mann stark. Liberius gab ihnen ein besonderes Lager. Sie erhielten höheren Sold als die übrigen Truppen, hatten kürzere Dienstzeit und abweichende Feldzeichen. Sie eigneten sich starken politischen Einfluß an, setzten Kaiser ab und ein. Aufgehoben wurde die Truppe durch Konstantin den Großen.

Die Tausend, die gegenwärtig in ganz Deutschland herrscht, darf nicht wundernehmen. Man hat nach aller, großen Erklärungen, von denen ein Land oder ein Volk heimgeklagt wurde, ähnliche Beobachtungen gemacht und in zahlreichen Fällen auf großes Leid fast unvermittelt große Freudeausbrüche folgen lassen. Als geradezu klassisches Beispiel hierfür kann die erste französische Revolution gelten, wo in Paris, während die Guillotine ihr unheimliches Werk verrichtete, auf allen Straßen und Plätzen getanzt wurde.

Reford. In der Sportsprache eine außerordentliche Leistung, namentlich die Zeit, in der ein Rennen gewonnen wurde. In übertragenem Sinne jede Höchstleistung.

Kriegsgemeindepflege.

Die Auszahlung der Unterstufungen für den Monat März 1919 erfolgt an die Berechtigten;

a) im Orte Halver für die erste Monatshälfte am 4. März und für die zweite Monatshälfte am 18. März je vormittags im Rassenraum des Amtshauses;

b) in den Bezirken Carthausen und Heesfeld am 4. und 17. März vormittags von 9 1/2 bis 12 Uhr im Kontor- raume des Fabrikanten Alfred Winkhaus in Decking- hausen.

Halver, den 1. März 1919.

Der Amtmann

Bekanntmachung.

Gemeindeverordnetenwahl Halver.

Zur Ermittlung des Wahlergebnisses tritt der Wahl- ausschuss am **Sonabend, den 8. ds. Mts.** vormittags 9 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses hier zusammen. Halver, den 1. März 1919.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Gemeindeverordnetenwahl Schalksmühle.

Zur Ermittlung des Wahlergebnisses tritt der Wahl- ausschuss am **Sonabend, den 8. ds. Mts.** nachmittags 2 Uhr im Gasthof Müller in Schalksmühle zusammen. Halver, den 1. März 1919.

Der Amtmann.

Amt Halver.

Weizenauszugsmehl.

Auf die Mehlmarken Nr. 9 der Woche 2.—8. März 1919 wird Weizenauszugsmehl abgegeben und zwar in folgenden Geschäften:

Konsumverein Halver,
Schalksmühle,
Alberts, Ehringhausen,
Karl Goeß, Schwenke,
Max Laiffe, Oberbrügge.

Preis und Mchleinheit sind in den Geschäften aus- gehängt.

Halver, den 28. Februar 1919.

Der Amtmann.

Amt Halver

Streichfett.

Die Streichfette für Schwerstarbeiter für die Zeit vom 16. Februar bis 1. März ds. Js. können von den Firmen der Gemeinde Halver beim Kaufmann Eugen Wellershaus in Halver und von denjenigen der Gemeinde Schalksmühle bei Frau Ww. D. Czechan in Schalksmühle gegen Abgabe der vom Landratsamt Altena ausgestellten Bezugsscheine abgeholt werden.

Halver, den 26. Februar 1919.

Der Amtmann.

Größere Fabrikanlage

von etwa 15—20 000 qm Boden- fläche und 6—10 000 qm Arbeits- räumen zu kaufen gesucht.

Bedingungen: Bahnanschluss oder Möglic- keit solchen anzulegen viel Wasser aus- Talsperren oder größeren Wasserläufen guter Abfluß für Abwässer.

Angebote unter A 455 an die Geschäftsst. des „Allg. Anz.“ Halver.

Amt Lüdenscheid. Lebensmittelverkauf

Grießmehl.

Warenkarte grüne Nr. 46, rote Nr. 45 Kopfmenge je: 100 Gramm, Verkaufspreis pro Kopfmenge Mk. 0,10.

Graupen.

Warenkarte grüne Nr. 47, rote Nr. 46, Kop- menge je 35 Gramm, Verkaufspreis pro Kopfmenge Mk. 0,04, Ver- kaufszeit vom 5. März bis 12. März 1919. Lüdenscheid, den 1. März 1919.

Das Lebensmittelamt.

Ausdrusch.

Der durch Verfügung des Herrn Landrats. vom 14. Januar er angeordnete Ausdrusch sämtlicher Getreidearten ist noch nicht von allen Landwirten durchgeführt.

Wenn bis zum 5. März ds. Js. nicht alle Druschlisten in welchen der vollständige Ausdrusch verzeichnet sein muß, abgegeben sind, soße ich mich gezwungen, im Auftrage des Herrn Landrats den sämigen Landwirten die Selbstver- sorgung zu entziehen bezw. den Ausdrusch auf Kosten der Erzeuger durch Dritte vornehmen zu lassen. Lüdenscheid, den 1. März 1919.

Der Amtmann.

Amtssparfasse Halver.

Zinsfuß für Einlagen im Spar- und im Scheckverkehr

4 vom Hundert.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Bekanntmachung.

Der von dem neuerbauten Wege durch das Sterbecke- tal abzweigende, durch das Glabecketal nach Rölweide füh- rende alte Weg Flur 1 Nr. 458/0,216 und 459/0,218 sowie der Wegesplitzteil Flur 1 Nr. 457/0,210 daselbst sollen eingezogen werden. Dieses Vorhaben wird mit der Aufforderung bekannt gemacht, Einsprüche binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschusses bei der unterzeichneten Wegespaltzbehörde geltend zu machen.

Lüdenscheid, den 26. Februar 1919.

Die Wegespaltzbehörde: Stroßer, Amtmann.

Kranken- und Sterbekasse Halver.

Die anberaumte Vorstandssitzung

wird auf Freitag, den 7. März, abends 7 Uhr, verlegt.

Der Vorstand.

Sämtliche Bürsten- Waren

Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wischbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handseife
Haarseifen
Stragenbesen
usw. usw.

empfehl

Wilh. Bell jr., Halver

Berkäufliche Hänser

an allen Plätzen mit und ohne Geschäft, — Fabriken, Güter, Höfe und Landstellen — zwecks Unter- breitung an vorgemerzte Käufer sof. gesucht. Besuch und Besichtigung kostenlos. Nur Angebote von Selbstgeheimtümern erwünscht.

G. S. Hülße & Co., Hannover.

Habe zwei gute 2 jährige

 Fohlen

zu verkaufen.

Wilhelm Neuhaus,

Dahl.

Bevor Sie kaufen verlangen Sie kostenlos

„Die Welt Zentrale“

für Grundstücks- und Geschäfts- verkäufe.

G. S. Hülße & Co., Hannover.

Heute und Morgen gr. Auswahl schwerer Ferkel von 150 M. an. Nächste Sendung

erhalte ich Mittwoch, den 5. 3.

Carl Berfuß, Marienheide.

Fernsprecher: Amt Anruf 102

Bin Mittwoch, den 5. März

nachmittags von 2—4 Uhr mit einer ganz großen Auswahl

schönen billigen Schweinen

bel Herrn Tasche in Brügge und nachher an meinem Hause zum Verkauf.

Kämpfer, Wiebelsaat.

Fernruf Meinerzhagen 231.